
Interregionale Zusammenarbeit: Notwendigkeit und Herausforderung für informelle „Erneuerbare-Energie-Regionen“

DOROTHEE KEPPLER

Dorothee Keppler, Technische Universität Berlin, E-Mail: keppler@ztg.tu-berlin.de

Zusammenfassung: Erneuerbare Energie-Regionen werden als Treiber der Energiewende von unten wertgeschätzt. Sie sind aber bisher weder in der horizontalen, interregionalen Abstimmung regionaler Ziele in nennenswertem Umfang aktiv, noch haben sie eine Stimme in vertikalen, handlungsebenenübergreifenden energiepolitischen Abstimmungsprozessen (Mehrebenen-Governance). Dieser Tatbestand wird in der Forschung zu Erneuerbare-Energie-Regionen bisher nicht angemessen problematisiert und bearbeitet. Der Beitrag zeigt, welche Handlungsbedarfe und -möglichkeiten für eine strategisch-politische interregionale Zusammenarbeit bestehen und beleuchtet die möglichen Hemmnisse einer solchen Zusammenarbeit. Abschließend werden Konsequenzen für die zukünftige Forschung formuliert.

Summary: Renewable energy regions are valued as important drivers of the German energy transition. Nevertheless they are hardly engaged in interregional coordination processes of goals and activities, and they are a missing voice in vertical coordination processes of energy related multi-level governance. This fact has been neglected by research for a long time. The article shows needs and possibilities for action of a strategic cooperation of renewable energy regions and also examines its obstacles. Finally, consequences for future research on renewable energy regions are derived.

→ JEL Classification: O35, R59, Q48

→ Keywords: Renewable energy regions, regional governance, inter-regional cooperation

I Einleitung

Treiber einer dezentralen, bürger- und teilhabeorientierten Energiewende „von unten“ sind vielerorts informelle Erneuerbare-Energie-Regionen (EE-Regionen). In diesen heterogenen, selbst organisierten Netzwerken – auch Klimaschutz- oder Bioenergieregionen genannt – arbeiten regionale Akteurinnen und Akteure aus der Bürgerschaft, Wirtschaft, Interessenverbänden sowie Politik und Verwaltung zusammen.¹ Ihre Ziele und Aktivitäten beziehen sich auf von ihnen definierte Handlungsräume, deren Grenzen oftmals politisch-administrativen Grenzen entsprechen (zum Beispiel BMVI 2015, Hauber und Ruppert-Winkel 2012). Anders als die Planungsregionen als Träger der Regionalplanung sind EE-Regionen kein Teil des hierarchisch strukturierten politisch-administrativen Government-Systems.² Bei der Umsetzung von Zielen und Beschlüssen in politisch-administratives Handeln (Verankerung in Konzepten, Leitbildern, Genehmigungen et cetera) sind sie daher auf die ins Netzwerk involvierten politisch-administrativen Akteurinnen und Akteure angewiesen.

Das Projekt Energiewende setzt voraus, dass dezentrale regionale und lokale sowie staatliche Aktivitäten sich im Sinne einer nachhaltigen, den Zielen des Klimaschutzes entsprechenden Transformation des Energieversorgungssystems ergänzen. Hierzu sind horizontale und vertikale Abstimmungsprozesse erforderlich. In aktuellen Diskussionen nehmen Überlegungen zur ebenen-übergreifenden Koordinierung im Rahmen der Mehrebenen-Governance der Energiewende daher zunehmend Raum ein (zum Beispiel Brandt et al. 2015, Jänicke 2015: 5788 ff., Ohlhorst et al. 2013). Im Mittelpunkt stehen Verbesserungsmöglichkeiten für Abstimmungsprozesse zwischen den verschiedenen politisch-administrativen Handlungs- und Entscheidungsebenen der Bundesrepublik (ebenda). Die Sorge für eine mit den Zielen der nationalen Energiewende passfähige horizontale (überregionale) Abstimmung der regionalen Ziele und Aktivitäten wird dabei primär als Herausforderung für die hierarchisch übergeordneten (Government-)Ebenen thematisiert (Klagge 2013: 11 f., Ohlhorst 2015: 316 f.). Sollen die informellen EE-Regionen und ihr innovatives Potenzial in das sich umstrukturierende Energieversorgungssystem integriert werden, reicht jedoch eine Anpassung vorhandener Abstimmungs- und Koordinierungsmechanismen nicht aus.

Im Folgenden gehe ich der Frage nach, wie die EE-Regionen selbst ihre Einflussmöglichkeiten erweitern und die überregionalen Rahmenbedingungen ihrer Aktivitäten sowie die nationale Energiewende aktiver als bisher mitgestalten können. Meine These lautet, dass eine stärker strategisch ausgerichtete Zusammenarbeit der EE-Regionen einen Beitrag hierzu leisten kann. Nach einer kurzen theoretischen Verortung der EE-Regionen in Abschnitt 2 beleuchte ich in Abschnitt 3 die möglichen Handlungsfelder einer stärker politisch-strategisch orientierten interregionalen Zusammenarbeit. Auf die dieser entgegenstehenden Hemmnisse gehe ich in Abschnitt 4 ein. Abschließend identifiziere ich in Abschnitt 5 Konsequenzen für die weitere Forschung.

Empirische Grundlage der folgenden Ausführungen sind die Ergebnisse von regionalen Fallstudien, für die neben einer umfangreichen Dokumentenanalyse Interviews mit Vertreterinnen und

1 Zur Entwicklung von sogenannten 100%-Erneuerbare-Energie-Regionen und Bioenergie-Regionen vergleiche auch den Beitrag von Röhring (2016) im selben Heft.

2 Zur Energiepolitik des Bundes und der Länder sowie den durch diese gerahmten Kompetenzen regionaler Gebietsseinheiten vergleiche etwa Klagge (2013), Ohlhorst (2015), BMVBS (2011: 18 ff.) und BMVI (2015).

Vertretern unterschiedlicher energierelevanter Akteursgruppen geführt wurden (Keppler 2009). Vor dem Hintergrund des techniksoziologischen Konzepts der „Multi-level perspective“ sowie der Governance-Forschung habe ich darauf aufbauend herausgearbeitet, wo gängige Analysen (und Empfehlungen) „blinde Flecken“ aufweisen. Diese führen dazu, dass wesentliche Restriktionen des Handelns und der erfolgreichen Einflussnahme regionaler EE-Akteure auf die regionalen Energieversorgungs- und Nutzungsstrukturen ausgeblendet werden, was zu einer Überschätzung der Handlungsmacht regionaler Akteure und Initiativen führen kann (Keppler 2013).

2 Erneuerbare-Energie-Regionen in der Energiewende

Die Aktivitäten von EE-Regionen sind mit hohen Erwartungen verknüpft. Im Kontext der „Multi-level perspective“ werden EE-Regionen als soziotechnische Nischen oder lokale Experimente verortet, die das fossil basierte, hoheitlich-hierarchisch strukturierte Energieversorgungssystem „von unten“ herausfordern und auf die Etablierung eines regenerativ basierten, stärker dezentralen Energieversorgungssystem hinwirken (zum Beispiel Späth und Rohracher 2012, Raven et al. 2008).

Ganz ähnlich begründet die Governance-Forschung die Relevanz regionaler Handlungsräume damit, dass die Energiewende als komplexes neues Handlungs- und Politikfeld Spielraum für Experimente und Lernprozesse erfordert. Dies erfordert kooperatives, akteursgruppenübergreifendes Handeln außerhalb etablierter Steuerungs- und Hierarchiestrukturen:

„private, public and civil society ‘partners’ must negotiate (across territorial levels) the necessary processes of innovation, business development, community involvement, knowledge production, infrastructure provision, communication, regulation, market creation and policy for sustainable energy systems“ (Smith 2007: 6268).

Informelle, regionale Governance-Arrangements bieten solche Experimentierräume, da sie weniger klar vorstrukturiert und damit flexibler sind. Ihre „messiness“ ermöglicht eine aufgabenspezifische Anpassung von Steuerungs- und Koordinierungsstrukturen an unterschiedliche dynamische Kontexte sowie ein ebenenübergreifendes „policy learning“ (Smith 2007: 6267).

Vernachlässigt wird dabei regelmäßig, dass die Einbettung der EE-Regionen in die zwar geschwächten, aber immer noch wirksamen Strukturen des alten soziotechnischen Regimes der Energieversorgung und in die Mehrebenen-Governance der Energiewende erhebliche strukturelle Handlungsrestriktionen erzeugt.

Etablierte Akteure der Energieversorgung, die die alten Regimestrukturen erhalten wollen, verfügen in der Regel über deutlich umfangreichere Ressourcen, um ihren Interessen Einfluss zu verschaffen, etwa finanzielle Mittel, etablierte Unternehmens-Politik-Netzwerke oder einflussreiche Interessenverbände (Geels 2014, Keppler 2013, 2009). Die Ressourcen der EE-Akteure, ihre regimeverändernden Interessen in den soziopolitischen und ökonomischen Arenen der Aushandlung neuer soziotechnischer Arrangements der Energieversorgung Geltung zu verschaffen, sind in der Regel deutlich geringer. Die kritische Governanceforschung weist zudem auf die Bedeutung regionsspezifischer Akteurskonstellationen, etablierter sozioökonomischer Strukturen sowie überregionaler Rahmenbedingungen und die damit verknüpften Hürden und

Grenzen regionaler Zusammenarbeit im Bereich der regionalen Energiewende hin (Gailing und Röhring 2016, Keppler 2013: 66 ff.). Tendenziell führt dies zu einer Überbewertung der Einflussmöglichkeiten kollektiver und individueller regionaler Akteure innerhalb der bestehenden Regimestrukturen und Governance-Arrangements, was mit ein Grund für die bisher unzureichende Auseinandersetzung mit den Einflussmöglichkeiten von EE-Regionen auf die Energiewende sein dürfte. Die Konzentration der Regionalforschung auf „Best-practice“-Regionen und eine sehr unscharfe Verwendung des Begriffs EE-Regionen, der formelle ebenso wie informelle Regionen und Kommunen einschließt (ebenda 75 ff.), verstärkt diese Tendenz.

3 Themen und Ziele einer politisch-strategisch ausgerichteten interregionalen Kooperation

Auch die EE-Regionen widmen sich dem Thema überregionaler politischer Mitwirkung und Einflussnahme bisher nur unzureichend. In überregionalen und transnationalen Netzwerken wie dem 100%-EE-Regionen-Netzwerk oder der European RES Champions League steht bisher der horizontale Austausch („voneinander lernen“) im Vordergrund. Ziel ist eine Optimierung intraregionaler Strukturen und Prozesse innerhalb eines „konstruktiven Wettbewerbs“ der Regionen. Dasselbe gilt für die (zeitlich begrenzten) Netzwerkaktivitäten, die im Rahmen verschiedener Förderformate stattgefunden haben (FNR 2014, BMVI 2015). Anders als etwa die „Bürgerenergie“, für deren Belange sich inzwischen verschiedene Verbände und Interessenvereinigungen einsetzen³, sind informelle EE-Regionen in politischen Diskussionen auf Länder- und Bundesebene so gut wie nicht präsent. Eine ebenenübergreifende, stärker strategisch orientierte Vernetzung findet vor allem einzelfallbezogen und durch einzelne Akteure statt, etwa, um externe Kompetenzen einzubeziehen und das regionale EE-Netzwerk oder die EE-Akteure innerhalb des regionalen Politikgeflechts zu stärken (Späth und Rohracher 2012: 472 ff.).

Im Folgenden gehe ich näher auf mögliche Handlungsfelder einer politisch-strategisch ausgerichteten interregionalen Allianz der EE-Regionen ein. Sie kann dazu beitragen, deren Position in den politischen und medialen Diskurs einzubringen sowie Möglichkeiten einer aktiven, auch überregionalen Mitgestaltung der Energiewende zu schaffen.

Mitgestaltung „überregionaler Rahmenbedingungen“ (vertikale Koordinierung)

Überregionale politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen beeinflussen die Handlungsmöglichkeiten und -grenzen regionaler Akteure beziehungsweise Initiativen ganz erheblich (Keppler 2013, 2009, Späth und Rohracher 2012). Rechtliche Regelungen, mediale Berichterstattung, Äußerungen einzelner PolitikerInnen, überregionale Akteursverflechtungen, Planungsvorgaben oder Entwicklungen in anderen Handlungsfeldern können sich sowohl hemmend als auch fördernd auswirken. So haben beispielsweise neben dem EEG vielerorts Förderprogramme die regionale Netzwerkentwicklung angeregt und unterstützt, ebenso die Entwicklung und Durchführung von konkreten Projekten und den Erfahrungsaustausch.

3 Zum Beispiel der Verein Bündnis Bürgerenergie e. V. oder der Bundesgeschäftsstelle Energiegenossenschaften beim Deutschen Genossenschaftsverband.

Diskussionen auf der Regionalebene (sowohl Praxis als auch Forschung) thematisieren jedoch vor allem die Folgen von „Rahmenbedingungen“ für regionale (und andere dezentrale) Initiativen und Aktivitäten. Im Fokus der Diskussionen um die aktuellen EEG-Entwicklungen steht beispielsweise die Benachteiligung der „Bürgerenergie“ in ihren verschiedenen Formen, deren Förderung und Unterstützung ein wichtiger Teil regionaler EE-Initiativen ist. Befürchtet wird, dass diese Reform der Förderlogik kleine, dezentralisierte Projekte und Experimente stark zurückdrängt. (DGRV 2016, Nestle 2015)

Im Rahmen einer politisch-strategischen Zusammenarbeit könnten EE-Regionen eine Verbesserung der (vertikalen) Abstimmung einfordern, beispielsweise durch institutionalisierte Formen des direkten Erfahrungstransfers (ebenenübergreifendes „policy learning“) und Mitwirkungsrechte von EE-Regionen bei der Erarbeitung von Strategien auf Länderebene.

Durch eine Interessenbündelung und -abstimmung könnten Prioritäten gesetzt oder auch gemeinsame Haltungen gegenüber Top-down-Regelungen (Akzeptanz, Widerstand oder Forderung stärkerer Differenzierung) abgewogen werden. Gemeinsame Positionen würden diesen mehr Gewicht verleihen, da sie nicht als individuelle regionale Egoismen abgetan werden könnten.

Erhaltung und Stärkung dezentraler Steuerungsstrukturen

In wissenschaftlichen und Praxisdiskursen wird „Dezentralität“ unterschiedlich gedeutet. Teilweise wird darunter ausschließlich die räumliche Umverteilung der Energie-Infrastrukturen verstanden, die aufgrund der geringeren Produktionskapazitäten einzelner Anlagen sowie der Bedeutung der physischen Standortfaktoren (Wind, Sonne, Bodenqualität etc.) unvermeidlich ist. Dieses Verständnis von Dezentralität präferieren unter anderem die großen Energieversorgungsunternehmen, da es am ehesten eine Beibehaltung der alten Akteurskonstellationen und Marktposition verspricht. (Mautz et al. 2008: 146 ff., Klagge 2013: 8)

Demgegenüber steht ein Verständnis von Dezentralität, das auf wesentlich kleinteiligere technische und soziale Strukturen ausgerichtet ist. In dieser Interpretation bietet die Dezentralisierung der Energiewende die Chance einer „Demokratisierung“ der Energieversorgung und -nutzung. Energiekonsumentinnen und -konsumenten einschließlich privater Nutzerinnen und Nutzer können sich als sogenannte Prosumentinnen und Prosumeten nicht nur finanziell engagieren, sondern hierdurch auch unmittelbar an energierelevanten Entscheidungen teilhaben. Diese Interpretation findet sich in vielen bürgerschaftlich getragenen EE-Netzwerken wieder, etwa im Ziel der „Energieautonomie“ oder der „regionalen Selbstversorgung“. Hier sind Fragen der Ermächtigung und Emanzipation angesprochen; eine größere Autonomie von den Energieversorgern und die Realisierung regionaler Wertschöpfung sind wichtige Aspekte (Hauber und Ruppert-Winkel 2012, Jakubowski und Koch 2012).

EE-Regionen sind mehr als nur eine Implementationsebene nationaler Ausbauziele oder Experimentierräume. Sie entwickeln ein Eigenleben, indem sie ein Reframing erneuerbarer Energien im und für den regionalen Kontext vornehmen und ihre eigenen Agenden entwickeln (Smith 2007: 6269 f.). EE-Regionen können in diesem Zusammenhang als „soziale Innovationen“ verstanden werden, als

„eine von bestimmten Akteuren [...] ausgehende intentionale [...] Neukonfiguration sozialer Praktiken in bestimmten Handlungsfeldern mit dem Ziel, Probleme oder Bedürfnisse besser zu lösen [...] als dies auf der Grundlage etablierter Praktiken möglich ist“ (Howaldt 2012: 15).

Um darauf hinzuwirken, dass sich diese Innovationen stabilisieren und stärker verbreiten, könnten EE-Regionen gemeinsam ihre Ziele und Vorstellungen von einer zukunftsfähigen, dezentralisierten Energieversorgung ausformulieren und in Forderungen an politische Rahmenbedingungen übersetzen, durch die innovative regionale Organisationsstrukturen und Steuerungsmodelle gestärkt und verstetigt werden können.

Mitgestaltung der überregionalen (horizontalen) Koordinierung regionaler Aktivitäten zur Transformation der Energieversorgung

Nach einer Phase des regionalen Experimentierens gehen die staatlichen Bestrebungen zunehmend in die Richtung einer stärkeren Lenkung beziehungsweise Koordinierung „von oben“. Ziel ist es, die „Verteilungsgerechtigkeit“ der Lasten und Pflichten sowie die „Effizienz“ der Flächeninanspruchnahme und der eingesetzten finanziellen Mittel zu verbessern. Die Regionalebene betreffen vor allem Überlegungen zu einer stärker regionenübergreifenden Koordinierung der Flächenvorsorge, etwa bei der Fortschreibung der Vorrang-, Vorbehalts-, Ausschluss- und Eignungsgebiete. Auch eine Verknüpfung von Anreiz- und Flächensteuerung wird diskutiert, etwa durch räumlich differenzierte Mengenvorgaben oder Kriterien für die Ausweisung von Gebieten, in denen nach EEG gefördert wird. (Klagge 2013: 13 ff., Ohlhorst 2015: 316 ff., SRU 2013: 115 ff.)

Staatliche Akteure verstehen die regulative Koordinierung „dezentraler“ Aktivitäten also derzeit als ihre beziehungsweise Aufgabe der jeweils übergeordneten hierarchischen Politik- und Verwaltungsebenen. Adressaten und Ausführende sind (unter anderem) die Planungsregionen. Informelle EE-Regionen bleiben – wie alle nichtöffentlichen Akteure – unberücksichtigt.

Die zunehmende Bedeutung des Netzausbaus und des Lastmanagements wird die Notwendigkeit, in systemischen Zusammenhängen zu handeln und Aktivitäten flächendeckend aufeinander abzustimmen, in Zukunft eher noch verstärken. Zudem ist fraglich, ob regionalplanerische, flächenbezogene Steuerungsmaßnahmen ausreichen, um Verteilungsgerechtigkeiten und ineffiziente Flächennutzungen zu vermeiden.

Regionale EE-Initiativen, die die regionalen Gegebenheiten und interregionalen Abstimmungsbedarfe aus ihrer täglichen Handlungspraxis am besten kennen, könnten im Rahmen einer politisch-strategischen Zusammenarbeit die Entwicklung dezentraler, regionenübergreifender Abstimmungs- und Koordinierungsmechanismen vorantreiben. Sie könnten diese eigenständig implementieren und/oder als Ergänzung oder Alternative zur (Flächen-)Koordinierung durch Bund und Länder vorschlagen. Auch hier wären entsprechende Mitsprachemöglichkeiten und -rechte sowie ein stärkerer vertikaler Erfahrungsaustausch einzufordern.

Ausdifferenzierung politischer Rahmenbedingungen zur Berücksichtigung regionaler Unterschiede

Die Handlungs- und Wirkungsmöglichkeiten regionaler EE-Initiativen und -Aktivitäten werden in hohem Maße von den regionalen Ausgangsbedingungen (sozioökonomische Ausgangsbedingungen, regionale Akteurskonstellationen und Kräfteverhältnisse, Wechselwirkungen mit anderen Handlungsfeldern) geprägt (Keppler 2013: 132 ff., 2009). Beispielsweise haben Regionen,

in denen die Akteure und Infrastruktur der fossilen Energiewirtschaft besonders präsent sind („Kohleregionen“), mit sehr schwierigen Akteurskonstellationen und Kräfteungleichgewichten zu kämpfen.

Die Strategie, durch „Best-practice“-Beispiele, Erfahrungstransfer und Lernprozesse einen interregionalen Transfer zu ermöglichen, hat vor diesem Hintergrund Grenzen. Auch die wettbewerbsförmige Ausrichtung von Förderprogrammen wird dem klimapolitisch notwendigen flächendeckenden Ausbau erneuerbarer Energien nicht gerecht. Sinnvoller wären stärker differenzierte Strategien und Maßnahmen, die insbesondere regionalspezifischen Hemmnissen stärker Rechnung tragen. Diese treten in den „Best-Practice“-Regionen gar nicht oder zumindest nicht in diesem Maße auf (Keppler 2013: 145 ff.).

Eine interregionale Interessenvertretung der EE-Regionen könnten Vorschläge für stärker differenziertere Förderung regionaler Energiewenden durch übergeordnete Politikebenen in die Diskussion einbringen (etwa alternative Förderformate oder differenziertere rechtliche Regelungen) und/oder eigene interregionale Unterstützungsstrategien entwickeln und umsetzen.

4 Hemmnisse

Trotz der geschilderten Vorteile einer stärker strategisch-politisch orientierten Zusammenarbeit ist absehbar, dass die sehr unterschiedlichen Strukturen, Arbeitsweisen und -schwerpunkte der EE-Regionen dazu führen, dass die wahrgenommenen Bedarfe, Interessenlagen und Prioritäten sehr beziehungsweise zu weit auseinander liegen.

Unterschiedlichkeit der regionalen Koordinierungsstrukturen

Interessenlagen und Bedarfswahrnehmungen können zum einen aufgrund der sehr unterschiedlichen regionalen Koordinierungsstrukturen ganz verschieden sein. Die Koordinierung der regionalen EE-Netzwerke übernehmen je nach Region etwa Unternehmen, Vereine, (Bürger-) Stiftungen oder Akteure aus Politik und Verwaltungen (vergleiche deENet 2009, Tischer et al. 2006). Dementsprechend haben die koordinierenden Akteure zumindest teilweise Möglichkeiten, die Anliegen der EE-Region in bereits existierende nationale oder auch Europäische und internationale Interessenvertretungen einzubringen⁴. Der Bedarf, eine politisch-strategisch orientierte Zusammenarbeit speziell von EE-Regionen zu institutionalisieren, kann deshalb unterschiedlich eingeschätzt werden.

Unterschiedliche Arbeitsstrukturen und -schwerpunkte

In manchen EE-Regionen sind zudem neue Arbeits- und Organisationsstrukturen aufgebaut worden, andernorts arbeiten eher lose Netzwerke eigenständig agierender Akteure zusammen. Der Neuigkeitsgehalt oder Innovationsgrad ist daher vermutlich sehr unterschiedlich. Auch die Notwendigkeit, regionale Steuerungs- und Arbeitsstrukturen abzusichern und zu verstetigen

4 Etwa ins Europäische Bündnis der Bürgermeister für Klima und Energie (Covenant of European Mayors for Climate & Energy), dem auch regionale Gebietskörperschaften beitreten können, oder Branchenverbände.

und für entsprechende politische Rahmenbedingungen einzutreten, wird daher unterschiedlich wahrgenommen werden.

Nicht zuletzt unterscheiden sich die Arbeitsschwerpunkte von Region zu Region erheblich (Hauber und Ruppert-Winkel 2012: 218 ff.). Ob die Akteure in den EE-Regionen eine politisch-strategische interregionale Zusammenarbeit für sinnvoll halten, wird insbesondere davon abhängen, ob innerhalb der EE-Region eine eher kurzfristige Projekt- oder eine langfristiger ausgerichtete strategische Handlungsorientierung dominiert.

Verhältnis zu politisch-administrativen Gebietskörperschaften

Unterschiedliche Interessen und Bedarfslagen können sich auch aufgrund des Verhältnisses von informellen und formellen, politisch-administrativen Regionen ergeben. Denkbar ist beispielsweise, dass voneinander abweichende räumliche Zuschnitte informeller EE-Regionen und politisch-administrativer Gebietseinheiten zu Konflikten bei der Abgrenzung des Handlungsraumes führen. Wenn Verwaltungsakteure sich als Mitglied einer akteursgruppenübergreifenden Interessengruppe überregional betätigen, könnten sich auch personelle und/oder rechtliche Probleme ergeben.

Dominanz der Konkurrenz-/Wettbewerbsorientierung

Eine Mitgestaltung horizontaler und vertikaler Abstimmungsprozesse ist nur dann sinnvoll und möglich, wenn die regionalen Initiativen bereit sind, einen Perspektivwechsel zu vollziehen. Sie sollten die Fokussierung auf intraregionale Prozesse und eine individuelle regionale Profilierung im „Wettbewerb der Regionen“ aufgeben zugunsten einer Perspektive, die die Rückwirkungen (intra-)regionaler Entscheidungen und Handlungen auf den Wandel des Energieversorgungssystems wesentlich stärker als bisher berücksichtigt. Möglicherweise ist es für manche Akteure jedoch zumindest kurzfristig attraktiver, einschränkende Rahmensetzungen „von oben“ hinzunehmen als sich auf interregionale (horizontale) Aushandlungs- und Abstimmungsprozesse einzulassen.

Konzentration auf intraregionale Prozesse und begrenzte personelle Kapazitäten

Der Aufbau und die Erhaltung regionaler EE-Netzwerke, die Gewinnung weiterer Mitstreiterinnen und Mitstreiter sowie die Initiierung und Durchführung von Projekten sind Daueraufgaben, die erhebliche personelle Kapazitäten beanspruchen. Vielerorts sind regionale EE-Akteure zudem mit intraregionalen Konkurrenzen und Konflikten beschäftigt. Demgegenüber stehen oftmals begrenzte personelle und finanzielle Ressourcen, sei es durch die (zu geringe) Anzahl der Aktiven, sei es durch den (oft hohen) Anteil ehrenamtlicher Arbeit. Der Anspruch, sich an einer politisch-strategischen interregionalen Kooperation zu beteiligen, könnte in diesen Fällen als eine Zusatzbelastung wahrgenommen und erst einmal zurückgewiesen werden.

Reaktionen „von oben“?

Abzuwarten bleibt nicht zuletzt, wie die Bundesländer und auch die Bundespolitik einer politisch-strategisch orientierten interregionalen Kooperation von EE-Regionen, die zur Stärkung der regionalen Handlungsebene führen könnte, gegenüberstehen.

5 Schlussfolgerungen

Eine stärker politisch-strategisch ausgerichtete interregionale Zusammenarbeit eröffnet EE-Regionen die Möglichkeit, den Wandel des Energieversorgungssystems aktiver als bisher und über den eigenen regionalen Handlungsraum hinaus mitzugestalten. Im Rahmen einer organisierten interregionalen Zusammenarbeit könnten sie darauf hinwirken, dass Ergebnisse regionaler Lernprozesse gezielt in ebenenübergreifendes „policy learning“ einfließen, überregionale Rahmenbedingungen aktiv(er) beeinflussen sowie interregionale (horizontale) Abstimmungsprozesse eigenständig vorantreiben.

Konsequenzen ergeben sich auch für zukünftige Forschungsprojekte, die sich mit EE-Regionen befassen. Eine Aufgabe wird es sein, regionale Akteure dabei zu unterstützen, regionenübergreifende gemeinsame Anliegen etwa hinsichtlich der Gestaltung überregionaler Rahmenbedingungen zu entwickeln und gegebenenfalls auch Interessengruppen innerhalb der EE-Regionen zu identifizieren. Zweitens gilt es, die innovativen Aspekte und Formen regionaler Organisation und deren Wirkungen im Hinblick auf den Wandel des Energieversorgungssystems genauer zu analysieren. Im Rahmen von Forschungsprojekten sollten ferner Vorschläge für neue Formen der horizontalen (interregionalen) und vertikalen (ebenenübergreifenden) Zusammenarbeit entwickelt werden. Nicht zuletzt können sie Hinweise darauf generieren, wie überregionale Rahmenbedingungen, Förderansätze und interregionale Unterstützungsstrategien aussehen könnten, die die Wirkungen unterschiedlicher regionaler Ausgangsbedingungen auf die Handlungs- und Wirkungsmöglichkeiten regionaler EE-Akteure angemessener als bisher berücksichtigen. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist nicht zuletzt eine differenzierte Betrachtung der unterschiedlichen Typen von (EE-)Regionen, die die unterschiedlichen Handlungs- und Wirkungsmöglichkeiten von Verwaltungseinheiten und informellen Netzwerken einerseits sowie Kommunal- und Regionalebene andererseits berücksichtigt.

Literaturverzeichnis

- Brandt, Robert, Dörte Ohlhorst, Sibyl Steuer und Kerstin Tews (2015): Energiewende: Gestaltungsaufgaben auf vielen Ebenen. *GAIA*, 24 (1), 62–63.
- Bundesgeschäftsstelle Bürgerenergiegenossenschaften (DGRV) 2016: Positionen der Bundesgeschäftsstelle Energiegenossenschaften zur EEG – Novelle 2016. <http://tinyurl.com/jz878la>. (abgerufen am 27.6.2016).
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2011): Erneuerbare Energien: Zukunftsaufgabe der Regionalplanung. Energie für Deutschland. Berlin.
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) (2015): Regionale Energiekonzepte als strategisches Instrument der Landes- und Regionalplanung. Ergebnisbericht. BMVI-Online-Publikation 09 (2015). <http://tinyurl.com/jchu6lz> (abgerufen am 22.6.2016).
- Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) (2014): Netzwerke in Bioenergie-Regionen. Politisch-gesellschaftliche Begleitforschung zum Bundeswettbewerb. Schriftenreihe Nachwachsende Rohstoffe, 33. Gülzow.
- Gailing, Ludger und Andreas Röhring (2016): Is it all about collaborative governance? Alternative ways of understanding the success of energy regions. *Utilities Policy*, 1–9.

- Geels, Frank, W. (2014): Regime resistance against Low-Carbon Transitions: Introducing politics and power into the multi-level perspective. *Theory, Culture & Society*, 1–20. DOI: 10.1177/0263276414531627.
- Hauber, Jürgen und Chantal Ruppert-Winkel (2012): Moving towards energy self-sufficiency based on renewables: Comparative case studies on the emergence of regional processes of socio-technical change in Germany. *Sustainability*, 4, 491–530.
- Howaldt, Jürgen (2012): Soziale Innovation – Auf dem Weg zu einem neuen Innovationsverständnis. Keynote zum Kongress *Work in Progress*. Hamburg.
- Jakubowski, Peter und Annika Koch (2012): Energiewende, Bürgerinvestitionen und regionale Entwicklung. *Informationen zur Raumentwicklung*, 9–10.
- Jänicke, Martin (2015): Horizontal and vertical reinforcement in global climate governance. *Energies*, 8 (6), 5782–5799.
- Keppler, Dorothee (2009): Fördernde und hemmende Faktoren des Ausbaus erneuerbarer Energien in der Niederlausitz und im Ruhrgebiet. In: Dorothee Keppler, Heike Walk, Eric Töpfer und Hans-Liudger Dienel (Hrsg.): *Erneuerbare Energien ausbauen! Erfahrungen und Perspektiven regionaler Akteure in Ost und West*. München.
- Keppler, Dorothee (2013): Handlungsmöglichkeiten regionaler Akteure beim Ausbau erneuerbarer Energien. Grenzen regionalwissenschaftlich fundierter Empfehlungen und Erweiterungsmöglichkeiten durch technikoziologische Konzepte. Dissertation. Berlin.
- Klagge, Britta (2013): Governance-Prozesse für erneuerbare Energien. Akteure, Koordinations- und Steuerungsstrukturen. In: Britta Klagge und Cora Arbach (Hrsg.): *Governance-Prozesse für erneuerbare Energien*. Hannover, ARL, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 7–16.
- Kompetenznetzwerk Dezentrale Energietechnologien (deENet) (2009): Schriftliche Befragung von Erneuerbare-Energie-Regionen in Deutschland. Regionale Ziele, Aktivitäten und Einschätzungen in Bezug auf 100% Erneuerbare Energie in Regionen. Arbeitsmaterialien 100EE 1. Kassel (2009).
- Mautz, Rüdiger, Andreas Byzio und Wolf Rosenbaum (2008): Auf dem Weg zur Energiewende. Die Entwicklung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien in Deutschland. Göttingen, Universitätsverlag Göttingen.
- Nestle, Uwe (2015): Ausschreibungen für Erneuerbare Energien: Unüberwindbare Hemmnisse für Bürgerenergie? Studie im Auftrag des Bündnis Bürgerenergie e. V. (BBEn). www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user_upload/Buergerenergie_und_Ausschreibungen_BBEn_2015.pdf (abgerufen am 19.6.2016).
- Ohlhorst, Dörte (2015): Germany's energy transition policy between national targets and decentralized responsibilities. *Journal of Integrative Environmental Sciences*, 12 (4), 303–322.
- Ohlhorst, Dörte, Kerstin Tews und Miranda Schreurs (2013): Energiewende als Herausforderung der Koordination im Mehrebenensystem. *TATuP – Zeitschrift des ITAS zur Technikfolgenabschätzung*, 22 (2), 48–55.
- Raven, Rob, Eva Heiskanen, Raimo Lovio, Mike Hodson und Bettina Brohmann (2008): The contribution of local experiments and negotiation processes to field-level learning in emerging (niche) technologies meta-analysis of 27 new energy projects in Europe. *Bulletin of Science, Technology & Society*, 28 (6), 464–477.
- Röhling, Andreas (2016): Die Konstituierung dezentraler Handlungsräume erneuerbarer Energien – Chancen und Herausforderungen für die Kreation neuer Entwicklungspfade. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 85 (4), 103–113.

- Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) (2013): Den Strommarkt der Zukunft gestalten. Sondergutachten. November 2013. Berlin, E. Schmidt.
- Smith, Adrian (2007): Emerging in between: The multi-level governance of renewable energy in the English regions. *Energy Policy*, 35 (12), 6266–6280.
- Späth, Philipp und Harald Rohracher (2012): Local Demonstrations for global transitions – dynamics across governance levels fostering socio-technical regime change towards sustainability. *European Planning Studies*, 20 (3), 461–479.
- Tischer, Martin, Michael Stöhr, Markus Lurz und Ludwig Karg (2006): Auf dem Weg zur 100% Region. Handbuch für eine nachhaltige Energieversorgung von Regionen. München, B. A. U. M. Consult.